

Bundestagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung«

## Auf dem Weg zur Bürgerkommune?

*Wenn die Stiftung MITARBEIT und die Evangelische Akademie Loccum zur jährlichen Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« einladen, brauchen sie sich um den Zuspruch keine Sorgen zu machen. Auch bei der siebten Tagung war die Akademie bis auf den letzten Platz ausgebucht. Mehr als 150 Interessierte aus Bürgerinitiativen, Kommunalpolitik und -verwaltung, Planerinnen und Planer, Moderatorinnen und Moderatoren und andere politisch Interessierte nutzten das Forum zur Information und zum Erfahrungsaustausch über neue Wege und Ansätze, lokale Demokratie lebendiger zu gestalten.*

**E**iner der Höhepunkte war das Referat »Auf dem Weg zur Bürgerkommune?« von Roland Roth, Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal. »Bürgerkommune« bedeute, so Roth, mehr als bürgerorientierte Kommunalpolitik. Es gehe darum, alle Akteure einzubeziehen, die auf das örtliche Zusammenleben Einfluss haben. Dazu gehören z.B. Unternehmen und Gewerkschaften, Lokalzeitungen, Selbsthilfegruppen, Vereine und andere Akteure des Dritten Sektors.

»Bürgerschaftliches Engagement gedeiht nicht in kleinen Séparées in einer ansonsten bürokratisierten und fremdbestimmten Welt. Engagierte Bürgerschaft wird sich umso nachhaltiger entwickeln können, wenn es gelingt, zentrale Lebensbereiche – von den Kindereinrichtungen, über die Schule, das Gesundheitswesen, das Arbeitsleben bis zu den Alteneinrichtungen – beteiligungsfreundlich zu gestalten.«

Nach wie vor sei die Kommune der zentrale Ort aktiver Bürgerschaft. Die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements werde deshalb wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, dafür günstige lokale Bedingungen zu schaffen. Notwendige Voraussetzung sei eine starke kommunale Selbstverwaltung, die ermöglicht, dass mög-

lichst viele der politisch beeinflussten alltäglichen Lebensbedingungen kommunal gestaltet und verantwortet werden können.

Tatsächlich werde diese Fähigkeit seit langem strukturell reduziert: durch die finanzielle Lage der Kommunen, die Überregulierung durch Länder, Bund und EU, die zunehmende Komplexität und Politikver-

flechtung sowie wachsende Anforderungen an die Kommunen bei gleichzeitig schrumpfendem Handlungsrepertoire. Roth stellt dieser Entwicklung das Fernziel einer möglichst weit gehenden »Kommunalisierung der Politik« gegenüber. Alle aktuellen Reformschritte sollten an dieser Rückverlagerung von Entscheidungskompetenzen gemessen werden.

Trotz der angeführten Restriktionen kommunaler Politik sind nach Meinung von Roland Roth auch heute viele kleine Schritte in Richtung Bürgerkommune möglich. Ein Beispiel sind die zahlreichen Netzwerke wie z.B. CIVITAS, an denen sich bundesweit Gemeinden und Landkreise beteiligen. »Diese Initiativen dürfen zwar nicht mit einer breiten Reformbewegung verwechselt werden, aber sie können über »best practice« Anreicherungspotenzial für andere Kommunen bieten.«

Die kommunale Stärkung bürgerschaftlichen Engagements habe gegenwärtig vor allem dann eine  
(Fortsetzung auf Seite 2)



Bundestagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung«: Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal, re.) und Dr. Adrian Reinert (Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT).

Foto: Christian Wienberg

(Fortsetzung von Seite 1)

## Auf dem Weg zur ...

Chance, wenn sie als gesamtstädtisches Projekt von zentralen Akteuren in der Kommunalpolitik (Bürgermeister, Ratsmehrheit, Dezernenten) zumindest mitgetragen werde. Gefordert seien ressortübergreifende Initiativen, die von der Agenda 21 bis zur Kultur, vom sozialen Ehrenamt bis zum Naturschutz reichen und zugleich ein möglichst breites Spektrum von Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft (Vereine, Unternehmen, Protestinitiativen) zusammenbringen. Im Politikstil müsse eine solche Förderpolitik nicht autoritativ, sondern unterstützend, vernetzend und moderierend angelegt sein.

Ausdrücklich unterstrich Roth die Bedeutung direktdemokratischer Elemente bei diesem Prozess. Wie vielfältig die Ansätze und Möglichkeiten neuer Beteiligungsverfahren sind, machten während der Tagung die Methodenwerkstätten deutlich. Hier ging es diesmal schwerpunktmäßig um Bürger(innen)beteiligung via Internet, Soziokulturelle Ansätze in der Stadtteilarbeit, Quartiersentwicklung in sozialen Brennpunkten, Geschlechterdemokratische Beteiligung, Nachhaltige Stadtteilentwicklung und Interessenausgleich im ländlichen Raum.

Das Referat von Prof. Dr. Roland Roth kann in der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden. Das neue Methodenhandbuch »Praxis Bürgerbeteiligung« wird die Stiftung MITARBEIT zusammen mit Agenda-Transfer Mitte des Jahres herausgeben. Es wird die Arbeitshilfe »Wege zur Zukunftsfähigkeit« ersetzen, die zurzeit noch als kopiertes Exemplar sowie als CD-Rom bestellt werden kann.

Die diesjährige Tagung »Modelle der lokalen Bürger(innen)beteiligung« findet vom 5.–7. September 2003 statt.

## Schweiz als Modell?

Der Landesverband Sachsen-Anhalt von Mehr Demokratie e.V. und die Stiftung MITARBEIT laden zu einem Einführungseminar (21.–23. Februar in Halle/Saale) zu Fragen der Direkten Demokratie ein. Im Mittelpunkt stehen dabei die Schweizer Erfahrungen und die Frage ihrer Übertragbarkeit auf Deutschland.

Nähere Informationen in der Bundesgeschäftsstelle

## Praxistipps (nicht nur) für Jugendinitiativen

# Was geht?!

**Ob es darum geht, Seminare und Ausstellungen zu organisieren, Zeitungen zu machen oder Konzerte zu veranstalten: Bei der Arbeit von Jugendinitiativen kann eine ganze Menge schief gehen. Eine neue Arbeitshilfe des Beratungsbüros profundo und der Stiftung MITARBEIT hilft Initiativen und Projekten bei der Arbeit.**

Der Ratgeber will Initiativen helfen, die zwar eine halbwegs genaue Projektidee haben, aber noch keine lange Erfahrung in der praktischen Umsetzung. Folgende Schwerpunktthemen werden behandelt: – Projektplanung, – Öffentlichkeitsarbeit, – Internationale Aktionen, – Finanzierungsmöglichkeiten, – Problemlösungen in der Gruppe. Die einzelnen Teile sind so gegliedert, dass sie jeweils für sich genutzt werden können und kommen ohne große Schnörkel zur Sache. »Links« verweisen jeweils auf andere Stellen im Buch, die mit dem

gerade gelesenen Thema etwas zu tun haben.

Die Texte sind direkt für die Anwendung in der Praxis geschrieben. Vieles davon ist nicht nur für Jugendinitiativen, sondern auch für alle anderen Formen der Selbstorganisation übertragbar und relevant.

Mathias Wiards/Jochen Butt: WAS GEHT. Probleme lösen, mehr Durchblick bekommen, Projekte machen. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 26, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2002, 154 Seiten,

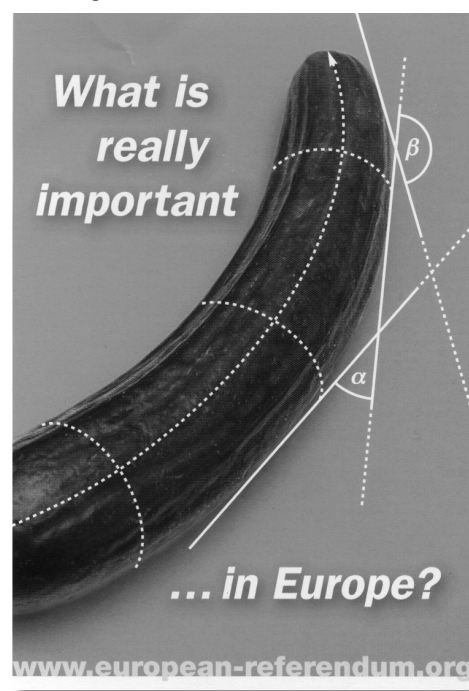
ISBN 3-928053-77-9, € 6,-, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder über den Buchhandel.



## Was ist wirklich wichtig in Europa?

»Die EU ist so wenig demokratisch, dass sie sich selbst als Mitgliedsstaat nicht aufnehmen dürfte.« Mit diesen Worten karikierten Initiatoren der European Referendum Campaign beim vom Europahaus Burgenland und der Stiftung MITARBEIT Mitte November in Eisenstadt (Österreich) organisierten Workshop »Civil Society Europe« das Demokratiedefizit innerhalb der Europäischen Union. Die Kampagne, die jetzt startet, will erreichen, dass eine EU-Verfassung oder ein Verfassungsvertrag im Jahr 2004 den Bürgerinnen und Bürgern aller Mitglieds- und Bewerberstaaten in einem europaweiten Referendum vorgelegt wird. Das Referendum soll am selben Tag in allen Ländern abgehalten werden. Kontakt und weitere Information unter: democracy international, Kurfürstenstraße 18, D-60486

Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 23 06 78; Fax: (0 69) 71 58 58 75; E-Mail: info@european-referendum.org; Internet: www.european-referendum.org



## Demokratieentwicklung von unten

## Gemeinwesenarbeit

**Zugegeben, der Begriff »Gemeinwesenarbeit« klingt nicht gerade peppig und eher etwas antiquiert. Tatsächlich verbergen sich dahinter jedoch hochaktuelle Arbeitsprinzipien der Lebensweltorientierung und Betroffenenaktivierung, die Einzug in die unterschiedlichsten Handlungskonzepte wie etwa die integrierte Planung, das Quartiersmanagement, das kommunikative Stadtmarketing oder die lokale Agenda-Arbeit gefunden haben.**

**G**emeinwesenarbeit ist stadtteilbezogene Soziale Arbeit und kommt vor allem in Stadtteilen zur Anwendung, in denen sich soziale Probleme und Benachteiligungen kumulieren. Sie ist jedoch mehr als bloß eine Methode der Sozialarbeit. Nicht nur, weil zu ihren Leitstandards gehört, ressortübergreifend tätig zu werden, sondern auch, weil sie einen wichtigen Beitrag zur Demokratieentwicklung von unten leisten kann.

Ziel ist es, möglichst alle für das Gebiet relevanten Akteurinnen und Akteure (Bewohnerinnen und Bewohner, Eigentümer, lokale Organisationen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft) zusammenbringen, um Ressourcen zu bündeln und die Bewohnerinnen und Bewohner und ihre Selbsthilfefunktionen für den Stadtteil zu aktivieren.

Ausgangspunkt dafür bildet die Analyse des Status quo und Erhebung stadtteilspezifischer Probleme und Bedarfe. Ein wichtiges Hilfsmittel ist die sog. Aktivierende Befragung, für die es sehr unterschiedliche Arbeitstechniken gibt. Der gemeinsamen Problemformulierung folgt die Entwicklung von konkreten Projekten und Handlungsschritten und deren Umsetzung. Für alle Arbeitsschritte gilt, dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebietes aktiv beteiligt sein müssen. Ohne ihr Engagement und ohne ihre Motivation kann die Arbeit nicht gelingen. Gemeinwesenarbeit setzt daher an der persönlichen Betroffenheit und den Themen der Menschen an.

Gemeinwesenarbeit setzt, sofern sie nicht bloß ein Strohfeuer entfachen soll, eine gewisse Kontinui-

tät und Dauerhaftigkeit voraus. Für ihren Erfolg sind von Beginn an zeitnahe und sichtbare Resultate wichtig, damit alle Beteiligten sehen, dass sich etwas tut (Aufbruchsstimmung) und sich ihr Engagement lohnt. Möglichst viele Gruppen (Erwachsene, Kinder, Jugendliche, Ältere, Handel und Gewerbe) müssen sich angesprochen fühlen. Es ist daher sinnvoll, Projekte für alle Zielgruppen in Angriff zu nehmen.

Um kurzfristig und unbürokratisch Maßnahmen durchführen zu können, sollte ein Verfügungsfonds vorhanden sein, über dessen Verwendung eine Stadtteilkonferenz entscheidet, in der alle relevanten Akteur/innen des Stadtteils vertreten sind. Damit wird auch die Rolle der Stadtteilkonferenz aufgewertet und Vertrauen in die Fähigkeit zur Selbstorganisation demonstriert.

*Literatur: LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen (Hrsg.): Soziale Stadt: Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement (Stiftstraße 15, 30159 Hannover, Tel.: (05 11) 7 01 07 09; Fax: (05 11) 1 61 25 03, geschaeftsstelle@lag-nds.de).*

*Hinre, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter: Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. 2001, 272 Seiten (ISBN: 3-9333158-72-9) Votum-Verlag.*

## BAG Soziale Stadtentwicklung und GWA

## Soziale Stadt stärken!

**Nach zweijähriger Vorarbeit im Bundesnetzwerk GWA und Soziale Stadt war es soweit. Am 7. November 2002 konstituierte sich die neue Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit.**

**Z**u den Gründungsorganisationen gehören neben den Landesarbeitsgemeinschaften Soziale Brennpunkte und den GWA-Foren die Stiftung MITARBEIT, das Institut für Stadtteilorientierte Soziale Arbeit (ISSAB), die BAG Wohnungslosenhilfe (BAGW), das Forum Community Organizing (FOCO), die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise (AG SPAK) und der Verband für sozialkulturelle Arbeit (VSKA). Die BAG versteht sich gleichermaßen als Kommunikations- und Informationsplattform, Ideenträger und partnerschaftlicher Berater wie als Lobby für Gemeinwesenarbeit (GWA) in der sozialen Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Mit ihren Mitgliedern verfügt sie über ein breites Spektrum an Erfahrung und fachlichem Wissen. Einig sind sich die BAG-Mitglieder in der Überzeugung, dass Stadtentwicklung nicht das Monopol der Stadtplaner und Architekten, sondern ein fachübergreifender Prozess ist. Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip ist dabei zentraler Baustein für ein integriertes Handlungskonzept. Dabei müssen Aspekte der Sozialraumorientierung, die vielfältigen Formen der Partizipation und die Potentiale der örtlichen Akteure gefördert werden.

»Es reicht eben nicht aus, die Beteiligung der Anwohner als Feigenblatt vor sich herzutragen, um Fördergel-

der zu akquirieren. Vielmehr müssen Entscheidungen über die Stadtteile in den Stadtteilen getroffen werden« hieß es bei der Gründungsversammlung.

Die BAG begreift das Bund-Länder-Programm »Soziale Stadt« als eine Chance und will in diesem Rahmen zu einer Profilierung der Gemeinwesenarbeit beitragen. Als nächste Schritte hat sie sich die Weiterentwicklung der regionalen Netzwerkstrukturen, den Start einer praxisorientierten Fortbildungsreihe für Akteurinnen und Akteure der Stadtteilarbeit sowie eine Intensivierung und der Zusammenarbeit mit den Hochschulen vorgenommen.

Das nächste Plenum findet am 10./11. März 2003 in Gelnhausen (Hessen) statt.

*Kontakt: BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, c/o LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Jürgen Maier, Moselstraße 25, 60329 Frankfurt/Main, Telefon: (0 69) 25 78 28-12 oder -0, E-Mail: lagsb@aol.com*



## Verhandeln statt betteln

Bei vielen Initiativen und Projekten ist die Finanzierung der Arbeit ungesichert. Die Bemühungen zur Geldbeschaffung absorbieren Ressourcen, die unsichere Arbeitsperspektive belastet die interne Zusammenarbeit. Mit einem zweiteiligen Seminar (8.–10. Mai 2003/9.–11. Oktober 2003 in Meinhard-Grebendorf bei Eschwege) sollen die Voraussetzungen von Initiativen und Projekten verbessert werden, ihre Arbeit finanziell abzusichern. Die beiden Seminarteile bauen inhaltlich, didaktisch und methodisch aufeinander auf und richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Initiativen, Projekten und Non-Profit-Organisationen, deren Finanzierung unsicher ist. Die Teilnehmer/innen

sollen systematisch angeleitet, Strategien für die Geldbeschaffung zu entwickeln, die eigene Projekt-Konzeption potenziellen Geldgebern überzeugend zu vermitteln und Verhandlungen gezielt zu führen.

Das Seminar verbindet Elemente der Supervision und Organisationsberatung mit einem komprimierten Legimitations- und Verhandlungstraining. So stärkt die Seminararbeit die persönliche und institutionelle Strategie-Entwicklung und vermittelt zuverlässige Argumentations- und Verhandlungshilfen.

Nähere Informationen bei Hanns-Jörg Sippel in der Bundesgeschäftsstelle (E-Mail: [sippel@mitarbeit.de](mailto:sippel@mitarbeit.de))

## Bürgerbegehren in der Praxis

Was ist zu beachten, um ein Bürgerbegehren einzuleiten und erfolgreich durchzuführen? Im Rahmen dieses Seminars (Bergneustadt/NRW, 9. bis 10. Mai) werden Grundinformationen vermittelt und zugleich Gelegenheiten gegeben, die einzelnen Phasen von der Initiative über das Begehren bis zum Entscheid an Beispielen

aus der Praxis durchzuspielen. Das Seminar wird von Dr. Andreas Paust, Autor der Arbeitshilfe »Bürgerbegehren und Bürgerentscheid« der Stiftung MITARBEIT, geleitet und findet in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung statt.

Nähere Informationen in der Bundesgeschäftsstelle

## Themenzentrierte Interaktion (TZI)

»Gruppen leiten« ist der Schwerpunkt eines 5-tägigen Einführungskurses in die Methode der themenzentrierten Interaktion (23.–27. April 2003 in Vlotho). TZI ist ein Ansatz der Gruppenarbeit, der das Spannungsdreieck von Individuum, Gruppe und Thema berücksichtigt. Im Mittelpunkt dieses Seminars stehen eigene Lehr- und Leitungserfahrungen sowie Anregungen und Unterstützung für den beruflichen Alltag,

z.B. Arbeitsbesprechungen, Team-sitzungen, Konferenzen, Unterricht. Das Seminar richtet sich an Menschen, die haupt- oder ehrenamtlich mit Gruppen arbeiten: in Initiativen, in einem Vorstand, in der Jugendarbeit oder anderen Handlungsfeldern. Geleitet wird das Seminar von Ulrike Rietz, TZI-Trainerin.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz ([antz@mitarbeit.de](mailto:antz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Projekte überzeugend präsentieren

Wenn Einfluss genommen, Mitstreiter(innen) gewonnen oder finanzielle Mittel akquiriert werden sollen, ist eine wirkungsvolle Außendarstellung eines Projektes und seiner Ziele von entscheidender Bedeutung.

Bei einem Seminar der Stiftung MITARBEIT (28.–30. März 2003 in Meinhard-Grebendorf nahe Eschwege) geht es um die mündliche Projektpräsentation: Worauf ist bei der Vorbereitung zu achten? Wie können Botschaften verständlich vermittelt

werden? Welche Möglichkeiten der Visualisierung sind sinnvoll?

Das Seminar vermittelt Grundkenntnisse moderner Präsentationstechniken. In kleinen Gruppen werden Präsentationen simuliert und ausgewertet. Trainer ist Klaus Steinke, Autor der Arbeitshilfe der Stiftung MITARBEIT »Projekte überzeugend präsentieren«.

Nähere Informationen bei Ludwig Weitz ([weitz@mitarbeit.de](mailto:weitz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Methodenseminar

### Fundraising als Chance

Zusätzliche Finanzierungsquellen spielen in gemeinnützigen Organisationen nach wie vor eine wichtige Rolle. In der Regel zeigt es sich schnell, dass die Einwerbung von Mitteln aufwendig und zeitintensiv ist.

Um die Suche nach eigenen Fundraisingstrategien zu vereinfachen, vermittelt ein Seminar der Stiftung MITARBEIT (21.–23. Februar 2003 in Großjena, nahe Naumburg) Grundlageninformationen zu Methoden und Möglichkeiten des Fundraisings. Dabei werden auch die notwendigen strukturellen Voraussetzungen für erfolgreiches Fundraising innerhalb von Organisationen – beispielsweise Entscheidungsstrukturen oder Personalressourcen – mit in den Blick genommen. Neben Grundlagen des Fundraisings wird der Einsatz von neuen Medien in der Mittelbeschaffung (Online-Fundraising) vorgestellt.

Das Seminar wird in Kooperation mit der *socius Organisationsberatung GmbH, Berlin* durchgeführt.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk ([stollenwerk@mitarbeit.de](mailto:stollenwerk@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion & Layout:  
Hanns-Jörg Sippel

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
D-53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Stojan Gugutschkow, Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Dr. Diemut Schnetz

Geschäftsführer: Dr. Adrian Reinert